

Antragsbereich E / Antrag E1

AntragstellerInnen: OV Solln
Empfänger: Bundesparteitag
Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt
durch E2

E1: Betritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Die Bundesrepublik Deutschland tritt dem Atomwaffenverbotsvertrag bei.

Begründung

Am 17. Juli 2017 wurde in der Vollversammlung der Vereinten Nationen der
5 Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen, 86 Staaten haben ihn unterzeich-
net, 52 ratifiziert, für ein Inkrafttreten waren 50 Staaten erforderlich. Damit
ist dieser Vertrag seit 22. Januar 2021 Völkerrecht.

10 Dies zu akzeptieren hätte in Deutschland zur Folge, dass keine Atomwaffen
mehr stationiert werden dürften. Diese Forderung hat der Deutsche Bun-
destag bereits am 26.3.2010 beschlossen:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ...

15 1. sich auch bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der
NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit
Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzuset-
zen;

20 Der Antrag und der Beschluss erfolgte damals mit allen Stimmen von
CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen!

25 Dieser Beschluss war eine Reaktion auf die Vision von Barack Obama von
einer atomwaffenfreien Welt. Wenn der Beschluss endlich umgesetzt wür-
de, wäre damit auch entschieden, dass die Bundeswehr für die Nachfolge
des Tornado kein Flugzeug beschaffen müsste, das Atomwaffen einsetzen
kann, wie das jetzt beim Tornado der Fall ist. Gegen ein atomwaffentaugli-
ches Kampfflugzeug wendet sich auch unser Fraktionsvorsitzender Rolf Müt-
zenich.